



Bundeswertpapierverwaltung

10-EURO-GEDENKMÜNZE

„50 Jahre Volksaufstand 17. Juni 1953“

Auflage:

350.000 (Spiegelglanzausführung), 2.050.000 (Normalprägung)

Ausgabetermin:

12.6.2003 (Normalprägung)

Prägestätte:

Staatliche Münze Berlin

Prägezeichen:

A

Gewicht:

18 g

Material:

Sterlingsilber (Legierung 925 Ag)

Randschrift:

ERINNERUNG AN DEN VOLKSAUFSTAND IN DER DDR

Künstler:

Hans Joa Dobler, Ehekirchen

Herausgeber:

Bundeswertpapierverwaltung
Verkaufsstelle für Sammlermünzen
der Bundesrepublik Deutschland



VFS

Verkaufsstelle für Sammlermünzen
der Bundesrepublik Deutschland



10-Euro-Gedenkmünze „50 Jahre Volksaufstand 17. Juni 1953“

„Wir wollen freie Menschen sein“ – mit dieser Parole protestieren am 17. Juni 1953 Hunderttausende in der DDR. Sie fordern Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und das Ende der deutschen Teilung.

Schlagartig wird deutlich, wieviel Ablehnung dem SED-Regime entgegen schlägt. Die Machthaber in der DDR unterdrücken die Menschen. Zu den politischen Pressionen kommen wirtschaftliche Fehlentscheidungen: Nachdem Walter Ulbricht im Sommer 1952 den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ verkündet hat, werden die Schwer- und Grundstoffindustrien zu Lasten der Konsumgüter- und Lebensmittelproduktion gefordert. Der Lebensstandard sinkt dramatisch. Zehntausende fliehen aus dem sozialistischen „Arbeiter- und Bauernstaat“ in die demokratische Bundesrepublik. Diese Entwicklung wird forciert durch die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft und die Enteignung von immer mehr Gewerbebetrieben.

Als der sowjetische Diktator Stalin im März 1953 stirbt, hoffen viele Menschen in der DDR auf eine Verbesserung der politischen Lage und ihrer Lebensverhältnisse. Vergeblich: Auf die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise antwortet die Regierung mit einem Gesetz zur Erhöhung der Arbeitsnormen. Selbst Stalins Nachfolger in Moskau sind unzufrieden mit den „Betonköpfen“ in Ost-Berlin. Sie zwingen Ulbricht zur Korrektur. Das Politbüro muss sich öffentlich zu seinen Irrtümern bekennen.

Die Versprechungen der SED sind halbherzig und kommen zu spät, um die aufgebrachtten Massen zu beruhigen. Am 15. und 16. Juni beginnen die Streiks auf Ost-Berliner Großbaustellen. Am 17. Juni zieht ein gewaltiger Demonstrationzug durch Ost-Berlin. „Wir brauchen keine Volksarmee, wir brauchen Butter“, „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“, „Wir wollen ein geeintes Deutschland“, „Nieder mit der SED“, „Wollt Ihr unsere Freunde sein, Volkspolizisten reißt Euch ein“, „Schluss mit den Qualen, wir wollen freie Wahlen“, „Wir haben jetzt die Schnauze voll von Ulbricht, Pieck und Grotewohl!“ – lauten die Parolen. Unter dem Jubel der Menge reißen zwei junge Arbeiter die rote Fahne vom Brandenburger Tor.

Die Unruhen erfassen nicht nur die Hauptstadt, sondern vor allem auch die mitteldeutschen Industriezentren Leipzig, Magdeburg, Bitterfeld, Halle und Jena. Auch auf dem Land protestieren die

Menschen. An insgesamt fast 700 Orten entlädt sich der Unmut der Bevölkerung. Die Demonstranten stürmen Parteizentralen und Gefängnisse, befreien Häftlinge.

Die SED-Führung steht der Empörung hilflos gegenüber. Als die Lage für sie immer bedrohlicher wird, greifen die sowjetischen Stadtkommandanten ein, verhängen vielerorts den Ausnahmezustand und rufen das Militär zur Hilfe. Panzer rollen, Kanonen werden in Stellung gebracht, Demonstranten versuchen, unter Einsatz ihres Lebens dem Gegner zu trotzen. Erfolglos: Unterstützt durch die Volkspolizei schlagen die sowjetischen Truppen den Aufstand nieder. Etwa fünfzig Demonstranten und sechs Polizisten verlieren ihr Leben. Einige tausend Streikende und Demonstranten kommen zeitweilig in Haft. In den Prozessen, die sich bis 1954 hinziehen, verhängen die Gerichte zwei Todesstrafen, 117 der insgesamt fast 2000 Angeklagten erhalten Zuchthausstrafen von mehr als fünf Jahren.

Während die Machthaber in Ost-Berlin den Aufstand als einen von westlichen Geheimdiensten inszenierten „faschistischen Putsch“ bezeichnen und ihren Überwachungsapparat ausbauen, würdigen der Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter und Bundeskanzler Konrad Adenauer bei einer Gedenkfeier vor dem Schöneberger Rathaus den Freiheitswillen der Menschen in der DDR. Noch im selben Monat beschließt der Deutsche Bundestag, den 17. Juni künftig als „Tag der Deutschen Einheit“ und Nationalfeiertag zu begehen. Er wird somit zum Bestandteil der kollektiven Erinnerung und Symbol für das Streben nach Wiedervereinigung. In der DDR ist die Erinnerung an diesen Tag offiziell nur unter einseitiger und falscher Interpretation zulässig. Noch im Herbst 1989 ist der 17. Juni dort höchst gegenwärtig: für die Demonstranten auf den Straßen als Furcht vor dem Eingreifen militärischer Macht, für die Täter in der Diktatur als Trauma der sich erhebenden Massen.

1990 wird dieser Feiertag, der an den gescheiterten Aufstand und die Teilung Deutschlands erinnerte, durch den neuen „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober als Symbol der Wiedervereinigung abgelöst.

Prof. Dr. Hermann Schäfer, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland